



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

13. November 2020

# Wochenbericht KW 46

forsa | Kantar | GMS | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 37 % und 35 %, SPD bei 16 % bzw. 15 % Grüne zwischen 20 % und 18 %, AfD bei 10 % bzw. 9 %
Regierungszufriedenheit:	72 % bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut – Höchstwert seit April 2020
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei vielen Aufgaben teils deutlich positiver Handlungsbedarf wird vor allem bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
Allgemeine Lebenslage:	Hälfte der Bevölkerung sieht Entwicklung im Land positiv 87 % sind mit der Lebensqualität in Deutschland zufrieden
Themen der Bundesregierung:	Coronavirus, Ausgangs- und Kontaktsperre
Wichtigste Themen:	USA (80 %), Coronavirus (70 %)

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Kantar</b> <sup>1</sup> für BamS	<b>GMS</b> <sup>2</sup>	<b>FG</b> <b>Wahlen</b> <sup>3</sup> für ZDF	<b>infratest</b> <b>dimap</b> <sup>4</sup> für ARD
CDU/CSU	36 (+1)	35 (-1)	37 (+1)	37 (-1)	36 (+1)
SPD	15 (-1)	15 (-1)	15 (-1)	16 (+1)	15 (-)
FDP	6 (-)	7 (-)	5 (-)	5 (-)	6 (-)
DIE LINKE	8 (-)	8 (-)	7 (-)	7 (-1)	7 (-1)
B'90/Grüne	18 (-1)	19 (+1)	19 (-1)	20 (-)	20 (-1)
AfD	10 (-)	9 (-)	10 (-)	9 (-)	10 (-)
Sonstige	7 (+1)	7 (+1)	7 (+1)	6 (+1)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.11.	05.-11.11.	04.-09.11.	10.-12.11.	09.-11.11.

Die Union liegt bei GMS 22 (+2), bei forsa 21 (+2), bei FG Wahlen 21 (-2), bei infratest dimap 21 (+1) und bei Kantar 20 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

(Zeitreihen: [forsa](#), [Kantar](#), [GMS](#), [FG Wahlen](#), [infratest dimap](#))

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Markus Söder	35 (-1)
Olaf Scholz	15 (-)
Robert Habeck	18 (-)
keinen davon	32 (+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.11.

Markus Söder liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 20 (-1) Prozentpunkten Abstand deutlich vor Olaf Scholz und mit 17 (-1) Prozentpunkten deutlich vor Robert Habeck.

65 % (+1) der CDU-Anhänger präferieren Söder, 10 % (-1) Scholz und 5 % (-) Habeck.

Von den CSU-Anhängern würden sich 84 % (-2) für Söder, 6 % (+1) für Scholz und 2 % (+1) für Habeck entscheiden.

55 % (-1) der SPD-Anhänger favorisieren Scholz, 19 % (-) Söder und 10 % (-1) Habeck.

Von den Grünen-Anhängern würden sich 63 % (-2) für Habeck, 11 % (-2) für Söder und 11 % (+2) für Scholz entscheiden.

([Zeitreihe](#))

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (15.11.2020)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 42

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 43

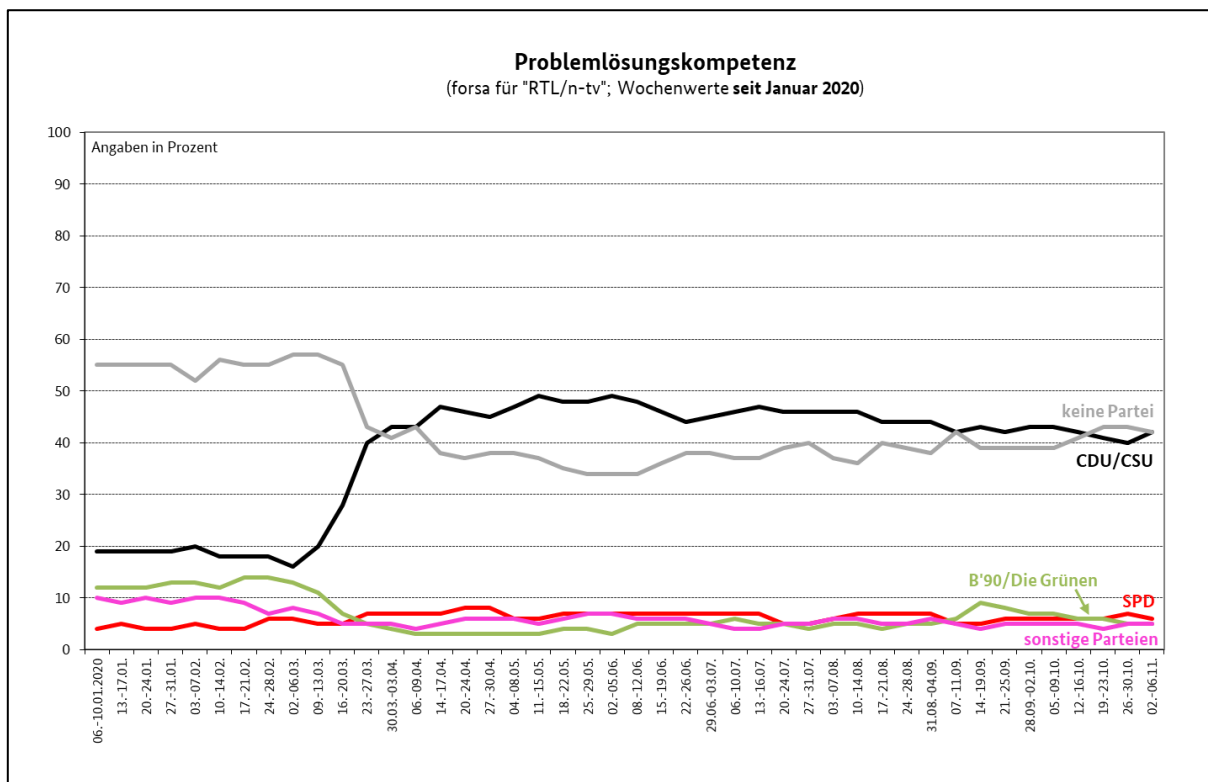
<sup>4</sup> im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 40

## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	42 (+2)
SPD	6 (-1)
Grüne	5 (-)
sonstige Parteien	5 (-)
keine Partei	42 (-1)
Erhebungszeitraum	02.-06.11.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 36 (+3) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und gleichauf mit dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.



## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im November 2020

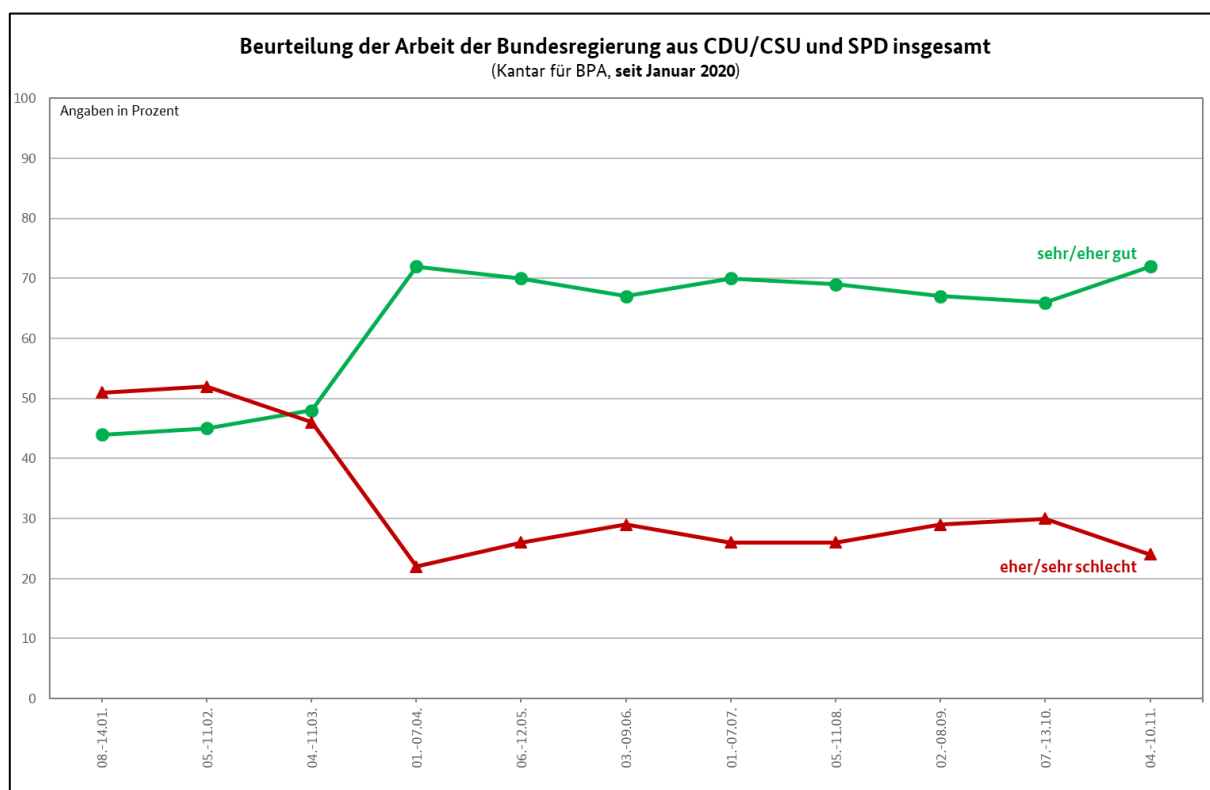
Angaben in Prozent, im Vergleich zu Oktober 2020

	Kantar für BPA
sehr gut	7 (+2)
eher gut	65 (+5)
eher schlecht	18 (-6)
sehr schlecht	5 (-1)
Erhebungszeitraum	04.-10.11.

Der Anteil derjenigen, die die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewerten, ist auf den höchsten Stand seit April 2020 gestiegen.

Anhänger der Union (92 %) und der SPD (90 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung besonders oft als sehr bzw. eher gut.

Hingegen beurteilen Anhänger der AfD (81 %) die Arbeit der Bundesregierung besonders häufig als eher bzw. sehr schlecht.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im November 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Oktober 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	73 (-2)	24 (-)	1 (+1)	0 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	68 (+3)	28 (-2)	2 (-1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	63 (-3)	32 (+1)	3 (+1)	1 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	60 (-3)	36 (+2)	2 (-)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (-6)	34 (+5)	5 (+1)	1 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	59 (-2)	35 (+2)	4 (-)	2 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	55 (+2)	40 (-1)	4 (-1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (-4)	39 (+3)	5 (-1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (-)	40 (+1)	8 (-1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (+1)	44 (-2)	6 (-1)	2 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	44 (-)	48 (-1)	6 (+1)	2 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	43 (+4)	37 (-7)	16 (+3)	3 (-)
neue Technologien fördern	42 (-2)	47 (+5)	9 (-1)	1 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	41 (-1)	44 (+3)	9 (-1)	5 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	39 (-)	42 (-3)	12 (+1)	5 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (-2)	44 (+4)	14 (-2)	4 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (-1)	47 (+2)	14 (-)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (-)	51 (+2)	11 (-3)	4 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	30 (+3)	51 (+1)	14 (-4)	4 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	27 (-)	57 (+1)	12 (-1)	3 (+1)
Verbraucherschutz stärken	27 (-1)	53 (-4)	15 (+2)	3 (+2)
Staatsschulden begrenzen	26 (+1)	47 (+1)	20 (-3)	4 (-)
Erhebungszeitraum	04.-10.11.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von unter 30-Jährigen (83 %) sowie Anhängern der FDP (92 %) und der SPD (81 %) überdurchschnittlich oft als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung finden sie häufiger sehr wichtig als Personen mit einfacher formaler Bildung (79 % zu 67 %).

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von 50- bis 59-Jährigen (78 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (75 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen finden sie häufiger sehr wichtig als Männer (79 % zu 57 %) und Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche (71 % zu 58 %). Anhänger der FDP (53 %) halten die Pflegebedingungen seltener für sehr wichtig.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im November 2020

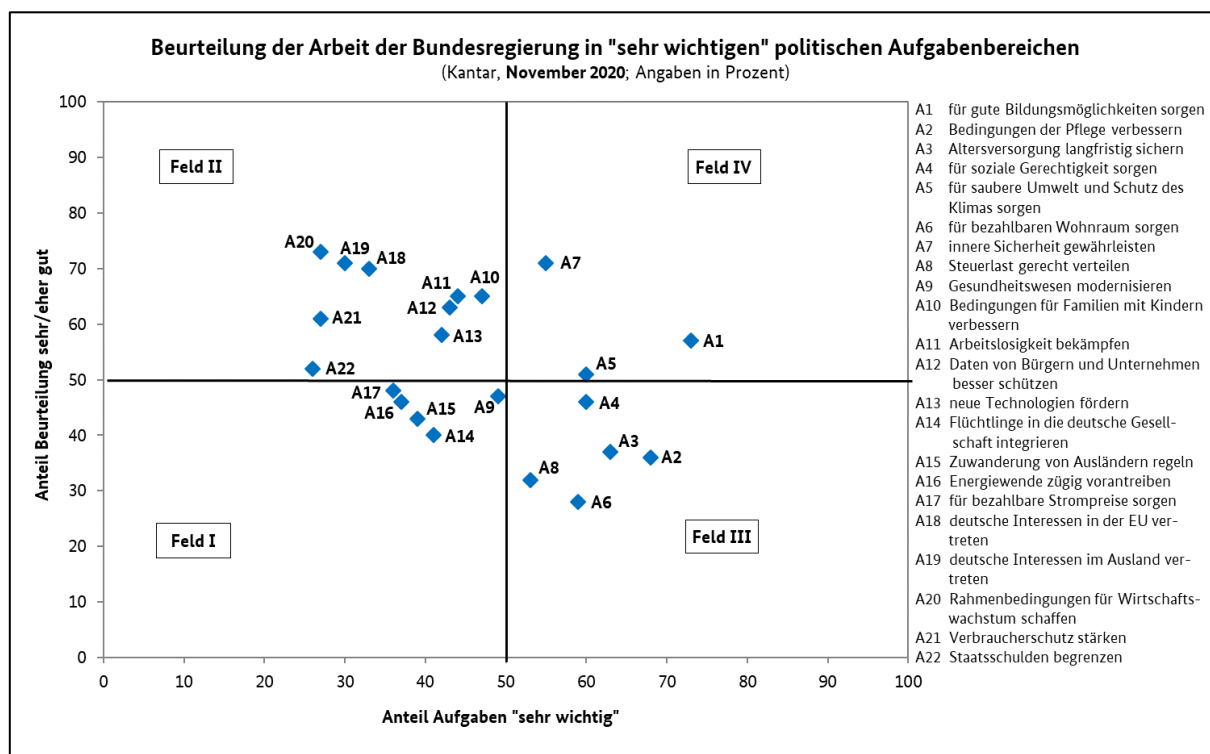
Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Oktober 2020

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	<b>73</b> (+7)	20 (-3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	<b>71</b> (+4)	23 (-2)
innere Sicherheit gewährleisten	<b>71</b> (+3)	27 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	<b>70</b> (-)	24 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	<b>65</b> (+10)	30 (-7)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	<b>65</b> (+4)	30 (-3)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	<b>63</b> (+6)	32 (-4)
Verbraucherschutz stärken	<b>61</b> (+4)	32 (-3)
neue Technologien fördern	<b>58</b> (-)	37 (+2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	<b>57</b> (+2)	41 (-)
Staatsschulden begrenzen	<b>52</b> (+2)	41 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	<b>51</b> (+5)	47 (-4)
für bezahlbare Strompreise sorgen	48 (+3)	46 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-2)	48 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	46 (+6)	<b>50</b> (-5)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	46 (+2)	<b>51</b> (-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	43 (+2)	<b>53</b> (-2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	40 (+2)	<b>56</b> (-)
Altersversorgung langfristig sichern	37 (+2)	<b>59</b> (-2)
Bedingungen der Pflege verbessern	36 (+2)	<b>60</b> (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	32 (+2)	<b>64</b> (-2)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	28 (+1)	<b>69</b> (-)
Erhebungszeitraum	04.-10.11.	

In 12 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in acht Bereichen mindestens von der Hälfte eher negativ beurteilt. Die beste Beurteilung erhält die Bundesregierung für das Politikfeld "Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen" (73 %), bei welchem sie einen Zuwachs von 7 Prozentpunkten verzeichnet. Im Vergleich zum Vormonat ist in fast allen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gestiegen. Dies gilt besonders für den Bereich "Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern" (+10 Prozentpunkte).

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im November 2020

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich "für bezahlbaren Wohnraum sorgen" (A6), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A8), im Aufgabenbereich "Bedingungen der Pflege verbessern" (A2), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A3) und im Aufgabenbereich "für soziale Gerechtigkeit sorgen" (A4).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die den Bundesbürgern mehrheitlich wichtig sind und bei denen sie auch die Regierungspolitik positiv beurteilen. In diesem Monat sind hier die Aufgabenbereiche "innere Sicherheit gewährleisten" (A7), "für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen" (A1) und "für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen" (A5) vertreten.

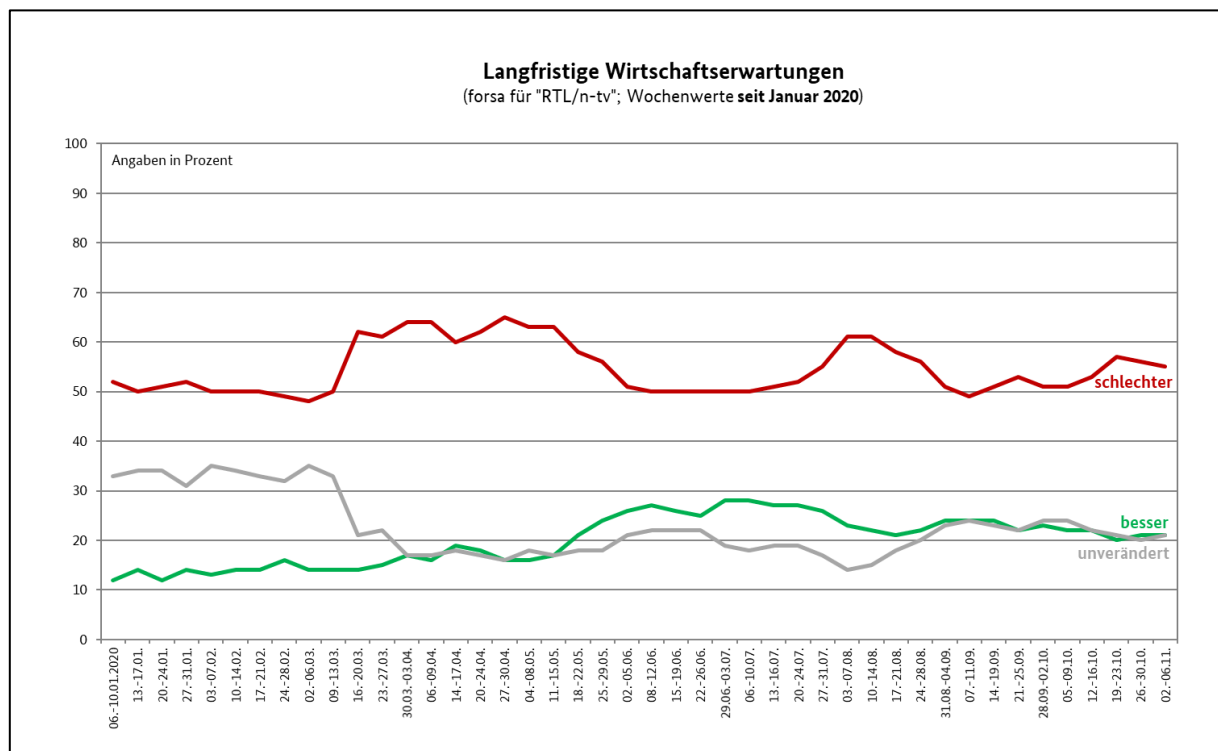
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	21	(-)
schlechter	55	(-1)
unverändert	21	(+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.11.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 34 (-1) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.





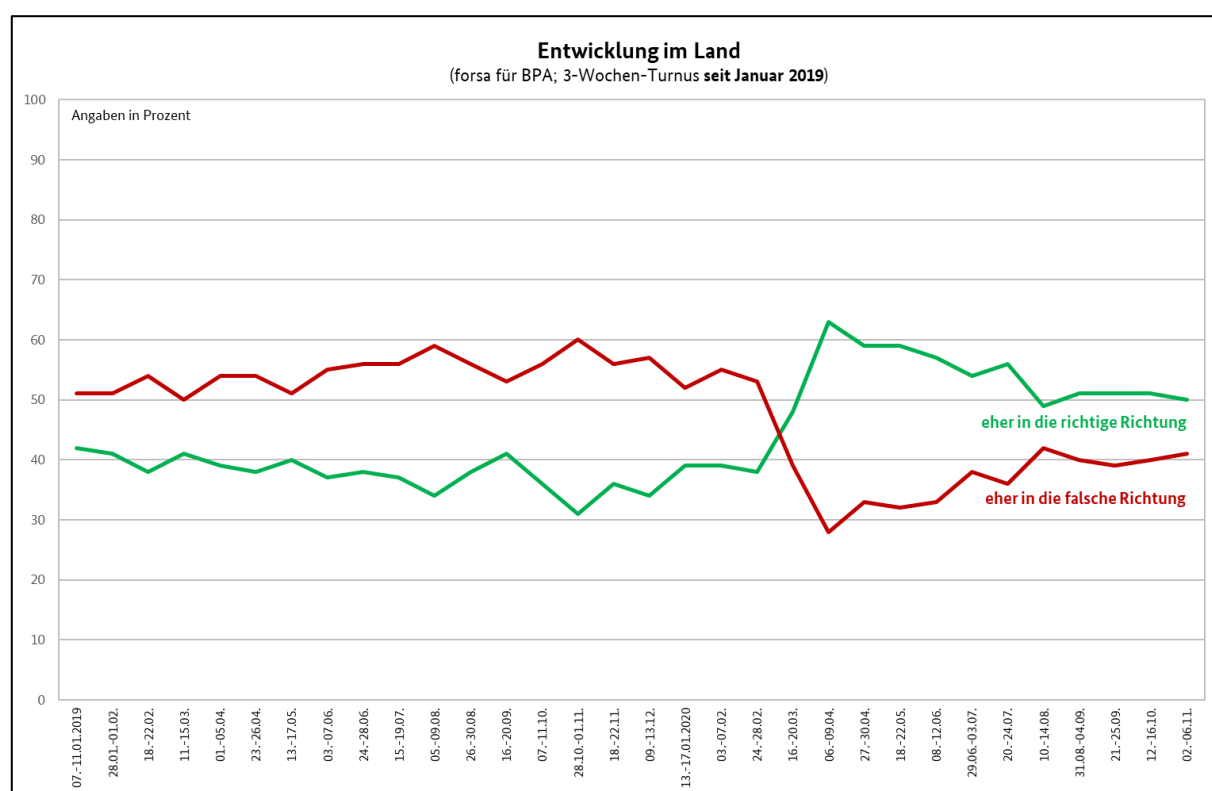
## Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	50 (-1)
eher in die falsche Richtung	41 (+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.11.

Unter 30-Jährige (59 %) sowie Anhänger der Union (68 %), der Grünen (62 %) und der SPD (61 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Anhänger der AfD (96 %), der FDP (57 %) und der Linkspartei (56 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung. Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung meinen dies eher als Personen mit hoher formaler Bildung (49 % zu 36 %).



## Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität	87 (-2)	13 (+2)
Lage am Arbeitsmarkt	63 (+3)	31 (-2)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	57 (-)	41 (-1)
Umwelt- und Klimaschutz	41 (+1)	58 (-1)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	39 (-1)	51 (-1)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	39 (+2)	59 (-2)
Sicherung der Altersversorgung	38 (+2)	59 (-2)
Schul- und Bildungssystem	37 (-2)	59 (+1)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	35 (+1)	60 (-1)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	30 (-3)	65 (+1)
Versorgung von Pflegebedürftigen	30 (-3)	65 (+2)
Erhebungszeitraum	02.-06.11.	

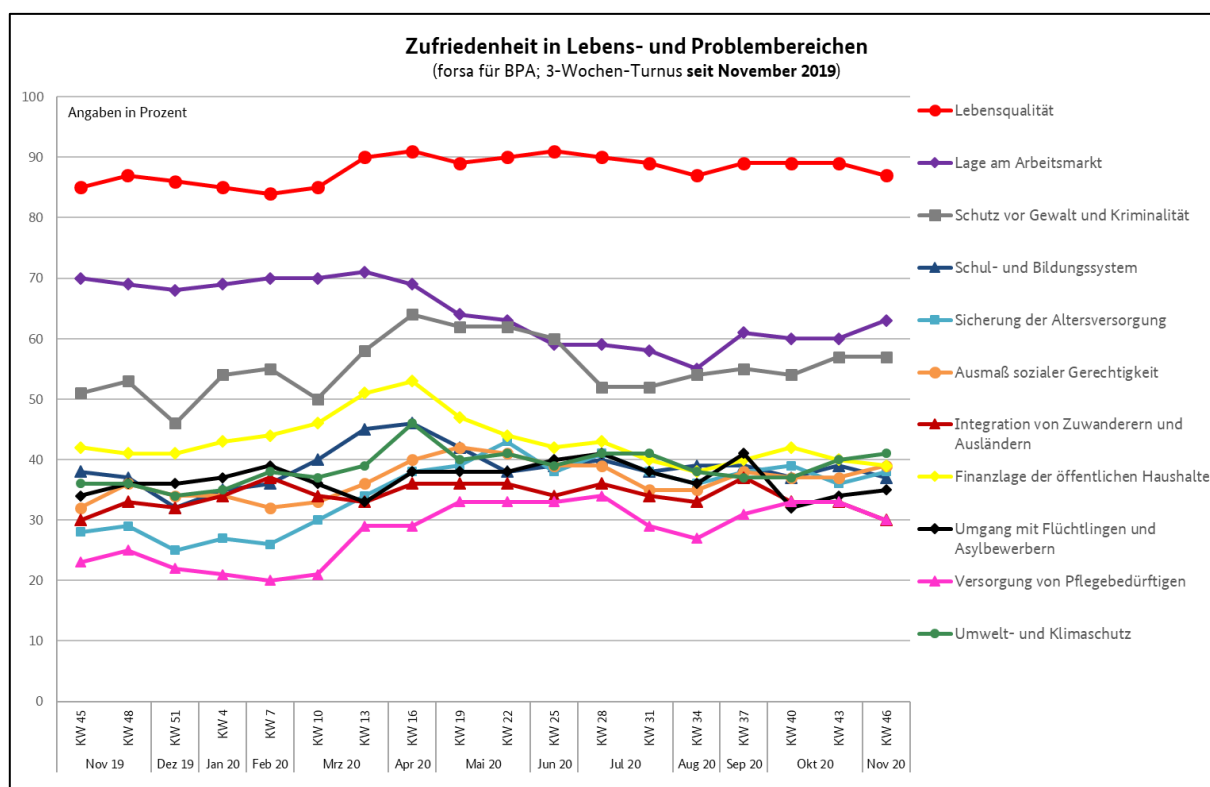
Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %), der Lage am Arbeitsmarkt (63 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (57 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In acht von elf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

30- bis 44-Jährige (75 %) sowie Anhänger der Grünen (76 %) und der Union (70 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit der Lage am Arbeitsmarkt. Personen mit hoher formaler Bildung sind deutlich häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit einfacher formaler Bildung (68 % zu 42 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (72 % zu 54 %). Anhänger der Linkspartei (44 %) und der AfD (43 %) sind überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar nicht zufrieden mit der Lage am Arbeitsmarkt.

Anhänger der Grünen (76 %) sind besonders oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 45-Jährige (67 % zu 51 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (68 % zu 42 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (62 % zu 50 %). Anhänger der AfD (71 %) und der FDP (54 %) sind überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar nicht zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität.

Geringverdiener (69 %) und Anhänger der Grünen (80 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem Umwelt- und Klimaschutz. Hingegen sind Anhänger der FDP (64 %) und der Union (53 %) überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden.

Ostdeutsche (68 %) und Personen mit mittlerem Einkommen (66 %) sowie Anhänger der Linkspartei (88 %) und der AfD (73 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit. Über 30-Jährige sind häufiger unzufrieden als unter 30-Jährige (62 % zu 49 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (68 % zu 56 %). Anhänger der Union (53 %) und der FDP (51 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit.



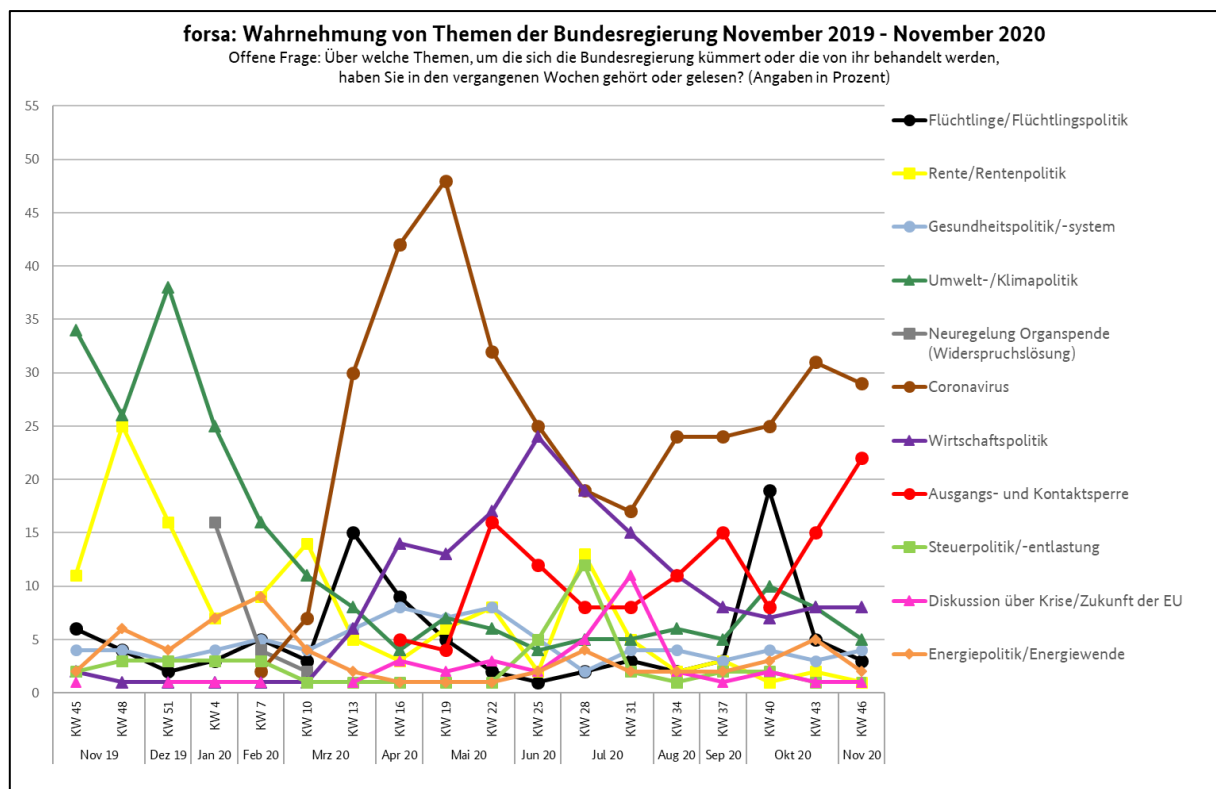
## Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA
Coronavirus	29 (-2)
Ausgangs- und Kontaktsperre	22 (+7)
Wirtschaftspolitik	8 (-)
Umwelt-/Klimapolitik	5 (-3)
Erhebungszeitraum	02.-06.11.

Das Coronavirus und die Ausgangs- und Kontaktsperre sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Ausgangs- und Kontaktsperre hat auch in dieser Erhebung nochmals an Relevanz gewonnen (+14 Prozentpunkte seit KW 40). Überdurchschnittlich häufig wird das Thema von unter 45-Jährigen (28 %) und Anhängern der FDP (35 %) genannt.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
USA: Präsident Trump, Wahl	80 (+26)
Coronavirus	70 (+1)
Ausgangs- und Kontaktsperre	4 (-10)
Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen	3 (+3)
Erhebungszeitraum	09.-11.11.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am häufigsten mit dem Thema "USA: Präsident Trump, Wahl" und mit dem Coronavirus.

Das Thema "USA: Präsident Trump, Wahl" hat im Vergleich zur Vorwoche nochmals erheblich an Bedeutung gewonnen (+26 Prozentpunkte) und verdrängt somit erstmals seit Februar 2020 das Coronavirus als Top-Thema. Überdurchschnittlich häufig wird es von Anhängern der Grünen (91 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung beschäftigen sich häufiger damit als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (86 % zu 75 %) und Gutverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen häufiger als Geringverdiener (84 % zu 67 %).

